

Auch die neue Steuerreform hat einen schweren Stand

Die Bundespläne zur Entlastung der Unternehmen ernten Kritik von allen Seiten

CHRISTINA NEUHAUS

Für lange Auseinandersetzungen hat die Schweiz keine Zeit. Der Druck der EU auf die Schweiz ist gross, und die Konkurrenz schläft nicht. Soeben haben die USA eine massive Senkung der Unternehmenssteuern angekündigt. Hebt die Schweiz die international verpönten Privilegien für internationale Konzerne nicht bis Ende 2019 auf, gerät die Schweizer Wirtschaft unter Druck.

Nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III (USR III) an der Urne reagierte Finanzminister Ueli Maurer rasch und betraute eine Steuergruppe mit der Erarbeitung von Eckwerten. Als Entgegenkommen an die Linke, die die USR III mittels Referendum zu Fall brachte, verzichtet der neue Vorschlag unter anderem auf die umstrittene zinsbereinigte Gewinnsteuer. Als Zückerchen für die weiterhin nicht privilegierten Steuerzahler ist zudem eine Erhöhung der Familienzulagen vorgesehen.

Bereits kurz nach der Präsentation der Eckwerte war klar, dass die Vorstellungen auch bei der neuen Reform noch weit auseinandergehen. Den linken Parteien gingen die Anpassungen nicht weit genug, die SVP sprach von einer Verschlechterung des Standorts Schweiz und der Gewerbeverband von einem Affront gegen die KMU und den gewerblichen Mittelstand. Wie sich im Rahmen der Vernehmlassung gezeigt hat, deren Frist am 6. Dezember zu Ende gegangen ist, hat auch die neue Reform einen schweren Stand.

Nach Ansicht der SP ist der Bundesrat dabei, die Fehler der USR III zu wiederholen. Als unerlässlich bezeichnet die SP eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf mindestens 80 Prozent auf Kantons- und auf 100 Prozent auf

Bundesebene. Weiter fordert die SP eine Erhöhung der Mindestvorgaben für Familienzulagen um wenigstens 50 Franken. Zudem lässt sie durchblicken, dass sie sich zu wenig in die Verhandlungen einbezogen fühlt.

Die SVP erachtet die Vorlage materiell als ungenügend und will sie mit weiteren Elementen ergänzen. Als Reaktion auf die massive Senkung der Konzerngewinnsteuer in den USA von 35 auf 20 Prozent bringt die SVP eine Anpassung der direkten Bundessteuer ins Spiel. Konkret fordert sie eine Senkung von 8,5 auf 7,5 Prozent. Damit hätten die in ihrer finanzpolitischen Autonomie beschnittenen Kantone mehr Spielraum für eine Anpassung der ordentlichen Gewinnsteuersätze.

Die FDP unterstützt die strategische Stossrichtung der Vorlage grundsätzlich, fordert aber verschiedene Anpassungen. Wichtig sei, den unterschiedlichen Steuerrealitäten in den Kantonen wieder mehr Beachtung zu schenken. Deshalb sollen alle steuerlichen Massnahmen, die die Vorlage für obligatorisch erklärt, so weit als möglich fakultativ ausgestaltet werden. Es gehe nicht an, dass der Bund eine für die Kantone verbindliche Erhöhung der Teilbesteuerung der Dividenden oder der Familienzulagen festschreibe. Auch sei den Kantonen die Möglichkeit einzuräumen, eine zinsbereinigte Gewinnsteuer anzuwenden.

Die CVP bedauert die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III und hält die neue Vorlage noch nicht reif für eine Beratung im Parlament. Angesichts des grossen Zeitdrucks schlägt sie vor, die Vorlage zu trennen und nur breit akzeptierte Elemente der Vorlage zur Abstimmung zu bringen. Dies sind die

Aufhebung der Sonderregeln für Spezialgesellschaften, die Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer auf 21 Prozent, ein Step-up-Regime sowie die Anpassung des Finanzausgleichs.

Rundweg abgelehnt wird die neue Vorlage von den Grünen. Ohne gerechte Kompensation der Steuerausfälle drohe ihr dasselbe Schicksal wie der USR III, schreiben sie. Statt Privilegien abzubauen, schaffe die Steuervorlage 2017 neue. Insbesondere sei auf die zinsbereinigte Gewinnsteuer zu verzichten, die einige Kantone wieder einführen würden.

Auseinander gehen auch die Ansichten der Wirtschaftsvertreter. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse unterstützt die Vorlage, spricht sich aber für mehr Föderalismus und kantonalen Handlungsspielraum aus. Eine Aufteilung der Vorlage oder eine Herauslösung zentraler Teile hält der Verband für verfehlt. Das wiederum schlägt der Verband Swissholdings vor, der grosse Industrie- und Dienstleistungsfirmen vertritt. Für die Firmen sei in erster Linie wichtig, dass die Steuerregime abgeschafft würden. Deshalb solle geprüft werden, ob sich die Vorlage aufteilen oder reduzieren lasse, teilt der Verband mit. Der Schweizerische Gewerbeverband bleibt bei seiner kurz nach der Präsentation des Vorschlags geäusserten Meinung und lehnt die Massnahmen zur Gegenfinanzierung des Steuerpakets ab. Die Vereinigung Swiss Family Business, eine Plattform für familien- und inhabergeführte Unternehmen, droht bereits mit dem Referendum. Sie klagt, dass die Steuerbelastung für Familienunternehmen in vielen Kantonen deutlich anstiege, worunter die Konkurrenzfähigkeit litte.

In der veränderten Abstimmungskultur stehen Parteiinteressen vor den Werthaltungen der einzelnen Ratsmitglieder.

sen einen Ratingwert von 2,4 auf. Der bekannteste von ihnen ist der Direktor des Gewerbeverbands, Hans-Ulrich Bigler. Christa Markwalder hat nach ihrem Jahr als Ratspräsidentin wieder ihren Platz am linken Flügel der Fraktion eingenommen.

Anders als der neue Fraktionschef der SVP, steht der neue der FDP in der Mitte seiner Fraktion. Beat Walti (1,1) positioniert sich nicht unweit von seinem Vorgänger, dem jetzigen Bundesrat Ignazio Cassis (1,3).

CVP

Der linke Pol der neuerdings ideologisch kompakt positionierten CVP besetzt mit -1,7 Barbara Schmid-Federer. Ihr folgt der neue Ratspräsident Dominique de Buman mit -1,5. Bezogen auf den Gesamtrat hat sich CVP-Präsident Gerhard Pfister zwar eingemittelt, innerhalb der Fraktion politisiert er weiterhin unverdrossen am rechten Pol (0,2).

Grüne

Die Grünen haben ihren Platz mit der SP getauscht. Damit besetzt Lisa Mazzone (-9,4) nicht mehr die Position am linken Rand des Rats, sondern nur noch die am linken Rand ihrer eigenen Fraktion. Die Position am rechten Flügel teilen sich Bastien Girod und Daniel Brélaz (je -7,8).

Auffällig bei den Grünen ist, dass hier sowohl Parteipräsidentin Regula Rytz (-8,7) als auch Fraktionschef Balthasar Glättli (-8,6) klar im linken Spektrum der Partei positioniert sind.

GLP und BDP

Trotz ihrem individualistisch-liberalen Selbstverständnis tritt keine Fraktion so geschlossen auf wie die Grünliberalen. Der von Kathrin Bertschy und Tiana Angelina Moser (beide -3) besetzte linke Pol weicht nur minimal vom rechten Pol der Fraktion ab, der von Martin Bäumle (-2,7) besetzt ist.

Weniger geschlossen zeigt sich die andere Kleinfraktion. Sie reicht von Fraktionschefin Rosmarie Quadranti mit -1,6 bis zu Hans Grunder mit -0,2.

rin Silvia Schenker mit einem Ratingwert von -9,9. An zweiter Stelle findet sich der Waadtländer Samuel Bendahan, der im Sommer in den Rat nachgerückt ist. Den rechten Rand der immer geschlossener auftretenden SP-Fraktion besetzt wie bisher Chantal Galladé (-8,2). Sie hat ihr Stimmverhalten jedoch stark der Fraktion angeglichen. Auch am rechten Flügel folgt auf eine Deutschschweizer Vertreterin eine Repräsentantin aus der Romandie. Es ist die Lausanner Kriminologin Rebecca Ruiz.

FDP

Bei der FDP ist der rechte Flügel kompakt besetzt. Gleich vier Vertreter wei-

Name	Kanton	Rating
Derder Fathi	VD	1,0
Moret Isabelle	VD	1,0
Bourgeois Jacques	FR	0,9
Hiltbold Hugues	GE	0,8
Eymann Christoph	BS	0,8
Fluri Kurt	SO	0,7
Wehrli Laurent	VD	0,7
Markwalder Christa	BE	0,3
CVP-Fraktion		
Pfister Gerhard	ZG	0,2
Büchler Jakob	SG	0,1
Fässler Daniel	AI	0,1
Regazzi Fabio	TI	0,0
Müller Leo	LU	-0,1
Humbel Ruth	AG	-0,3
Gmür Alois	SZ	-0,3
Schneider-Schneiter Elisabeth	BL	-0,5
Glanzmann-Hunkeler Ida	LU	-0,5
Buttet Yannick	VS	-0,5
Ritter Markus	SG	-0,6
Lohr Christian	TG	-0,6
Romano Marco	TI	-0,6
Gschwind Jean-Paul	JU	-0,7
Gmür-Schönenberger Andrea	LU	-0,7
Béglé Claude	VD	-0,8
Barazzone Guillaume	GE	-0,8
Egger Thomas	VS	-0,8
Ammann Thomas	SG	-0,8
Candinas Martin	GR	-0,9
Marchand-Balet Géraldine	VS	-1,0
Amherd Viola	VS	-1,1
Vogler Karl	OW	-1,1
Bulliard-Marbach Christine	FR	-1,2
Müller-Altermatt Stefan	SO	-1,3
de Buman Dominique	FR	-1,5

Name	Kanton	Rating
Riklin Kathy	ZH	-1,5
Schmid-Federer Barbara	ZH	-1,7
Ingold Maja	ZH	-3,6
Streiff-Feller Marianne	BE	-4,1
Grüne Fraktion		
Girod Bastien	ZH	-7,8
Brélaz Daniel	VD	-7,8
Thorens Goumaz Adèle	VD	-7,9
Graf Maya	BL	-7,9
Schelbert Louis	LU	-8,0
Häsler Christine	BE	-8,4
Fricke Jonas	AG	-8,5
Glättli Balthasar	ZH	-8,6
Rytz Regula	BE	-8,7
de la Reussille Denis	NE	-8,8
Arslan Sibel	BS	-9,0
Mazzone Lisa	GE	-9,4
BDP-Fraktion		
Grunder Hans	BE	-0,2
Siegenthaler Heinz	BE	-0,8
Campell Duri	GR	-0,8
Hess Lorenz	BE	-0,8
Guhl Bernhard	AG	-0,9
Landolt Martin	GL	-1,1
Quadranti Rosmarie	ZH	-1,6
GLP-Fraktion		
Bäumle Martin	ZH	-2,7
Flach Beat	AG	-2,8
Chevalley Isabelle	VD	-2,9
Weibel Thomas	ZH	-2,9
Grossen Jürg	BE	-2,9
Moser Tiana Angelina	ZH	-3,0
Bertschy Kathrin	BE	-3,0

Basler Bürgerliche stoppen den direkten Steuerabzug

Die Vorlage der SP scheidet ganz knapp

Die Arbeitgeber sollen die Steuer direkt vom Lohn abziehen und so das Risiko von Schuldenfallen minimieren: Mit diesem Vorschlag biss die Basler SP bei den Bürgerlichen auf Granit. In Zürich ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen.

DANIEL GERNY

Es wäre ein Systemwechsel mit Signalwirkung für die ganze Schweiz gewesen. Doch auf der Zielgeraden stoppten die Bürgerlichen die umstrittene Vorlage mit hauchdünnem Vorsprung: Am Mittwoch hat das Parlament des Kantons Basel-Stadt die Einführung eines freiwilligen Direktabzugs der Steuern vom Lohn abgelehnt. Aufgrund der Stimmen der Grünliberalen scheiterte die Vorlage mit 48 Nein- zu 47 Ja-Stimmen hauchdünn. Basel-Stadt kann die von den linken Parteien erhoffte Pionierrolle auf diesem Gebiet deshalb nicht übernehmen.

Betreibungen von 80 Millionen

Vielen Leuten bereitet die Steuerforderung ernsthafte Sorgen, weil regelmässig das Geld dazu fehlt. Die Basler Steuerverwaltung beispielsweise versendet Jahr für Jahr rund 15 000 bis 20 000 Betreibungen in der Gesamthöhe von rund 80 Millionen Franken. Seit langem drängen Schuldenberatungsstellen deshalb darauf, dass die Steuern automatisch vom Lohn abgezogen

und vom Arbeitgeber direkt an die Steuerverwaltung überwiesen werden.

Im Basler Grossen Rat liefen die Bürgerlichen gegen die Vorlage Sturm. Das Gesetz hätte die Arbeitgeber dazu verpflichtet, bei im Kanton wohnhaften Arbeitnehmern einen Steuerabzug von 10 Prozent des Bruttolohnes vorzunehmen. Aus ihrer Sicht widerspricht ein solches Gesetz einem urschweizerischen Grundsatz: Der Staat greift seinen Bürgern nicht direkt in die Lohntüte, sondern stellt anhand der von diesen selbst erstellten Steuererklärungen Rechnung.

Für die Steuerpflichtigen sollte der direkte Abzug gemäss Basler Modell zwar freiwillig bleiben. Sie hätten sich mit einem Schreiben gegen den Lohnabzug wehren und die Steuern weiterhin nach bisheriger Praxis bezahlen können. Für die Arbeitgeber hätte diese Freiwilligkeit jedoch nicht gegolten. Nicht zu verwechseln ist der freiwillige Direktabzug der Steuern, wie er auch in anderen Kantonen diskutiert wird, mit ausländischen Modellen, bei denen die Steuerschuld tatsächlich per Direktabzug vollständig beglichen wird. Rechtlich gesehen wäre in Basel bloss eine Vorauszahlung geleistet worden.

Die links-grün dominierte Basler Regierung wehrte sich ursprünglich gegen das Modell, lenkte schliesslich aber ein und legte eine nach Ansicht von Finanzdirektorin Eva Herzog (sp.) praktikable Lösung vor. Das Modell verhindern, dass Leute betrieben würden und deshalb Schwierigkeiten bei der Wohnungs- und Jobsuche bekämen, argumentierte der frühere Nationalrat und

heutige Grossrat Ruedi Rechsteiner (sp.), auf den die nun gescheiterte Vorlage zurückgeht.

Prominente Unterstützung

Tatsächlich kommt ein verhaltensökonomisches Kurztgutachten des Zürcher Beratungsbüros Fehr Advice zum Schluss: «Mittel- bis langfristig lohnt sich die Einführung eines automatisierten freiwilligen Direktabzugs aus volkswirtschaftlicher Sicht.» Aufseiten der Steuerzahler verringere sich die Verschuldung, und für den Staat entstünden Mehreinnahmen. Bedingung sei, dass sich nicht zu viele Steuerzahler dem Direktabzug widersetzen. Der Zürcher Ökonomieprofessor Ernst Fehr, der im Verwaltungsrat von Fehr Advice sitzt, betont, der freiwillige Steuerabzug erhöhe die Lebensqualität der Leute und sei ein kleiner Eingriff, der kaum negative Nebenwirkungen habe. Steuern müssten so oder so bezahlt werden, argumentiert Fehr: Die Frage sei nur, wie man das am besten und mit wenig Zwang zum Wohle der Allgemeinheit löse.

Ähnliche Vorschläge werden auch in anderen Kantonen diskutiert, beispielsweise in Zürich, wo das Thema demnächst auf der Traktandenliste steht. Im Oktober beschloss die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrates die Zustimmung zu einer parlamentarischen Initiative von Stefan Feldmann (sp.), die in eine ähnliche Richtung zielt. Zur Debatte stand und steht der Systemwechsel aber beispielsweise auch in den Kantonen Aargau oder Luzern.